

Zur Diskussion

Würde ein niedrigerer Umsatzsteuersatz den deutschen Leistungsbilanzüberschuss senken?

Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss steht vor allem international weiter in der Kritik. Die Mehrzahl der wirtschaftspolitischen Vorschläge zur Verringerung des Leistungsbilanzüberschusses zielt auf eine Stärkung der Binnennachfrage durch höheren Konsum, öffentliche und private Investitionen sowie Strukturreformen. Für Aufmerksamkeit sorgte jüngst der Vorschlag des Bonner Ökonomen Carl-Christian von Weizsäcker einer „Leistungsbilanzbremse“ in Form einer schuldenfinanzierten Senkung des Umsatzsteuersatzes.¹ Welche gesamtwirtschaftlichen Wirkungen hätte eine solche Maßnahme?



Diese Fragestellung wurde mit dem makroökonomischen Gleichgewichtsmodell der EU-Kommission (QUEST3-Modell, siehe Kasten) untersucht. Dabei wurde eine Absenkung der Umsatzsteuer um fünf Prozentpunkte, also von 19 auf 14 Prozent, zugrunde gelegt. Diese Größenordnung wird auch in der öffentlichen Diskussion häufig genannt.²

Eine solche Reduktion des regulären Umsatzsteuersatzes um fünf Prozentpunkte entspräche einer steuerlichen Entlastung der privaten Haushalte von rund 55 Milliarden Euro bzw. knapp 1,8 Prozent des BIP.³

DAS QUEST3-Modell

Das *Quarterly European Simulation Tool* (QUEST) ist ein von der EU-Kommission (Ratto et al. 2009) entwickeltes, bayesianisch geschätztes dynamisches, stochastisches allgemeines Gleichgewichtsmodell (DSGE-Modell). Es handelt sich dabei um ein mikrofundiertes, neu-keynesianisches Modell, in dem sich private Haushalte unter den gegebenen Rahmenbedingungen bezüglich ihrer Arbeit-Freizeit-Entscheidung nutzenoptimierend verhalten. Unter-

nehmen unterliegen einem monopolistischen Wettbewerb (begrenzte Preissetzungsspielräume aufgrund Produktdifferenzierung) und optimieren ihren Gewinn in Abhängigkeit des Arbeitsangebots und der Reallohne auf Basis einer CES-Produktionsfunktion. Die Geldpolitik („Taylor-Regel“) und die Finanzpolitik („Verschuldungsregel“) sind endogen.

Das QUEST-Modell existiert in unterschiedlichen Modifikationen und für unterschiedliche Länder (einzelne EU-MS, EU, Eurozone). In der hier verwendeten Modellversion (QUEST_RD) handelt es sich um ein für Deutschland kalibriertes Drei-Länder-Modell (D, Eurozone und Rest der Welt), das speziell zur Simulation von Politikmaßnahmen spezifiziert wurde (Varga et al. 2013). Seine Modellspezifikationen umfassen endogenen technischen Fortschritt, drei Arten von Beschäftigten (niedrig-, mittel- und hochqualifizierte), zwei Haushaltstypen (liquiditätsrestringierte, so genannte „nicht-ricardianische“ Haushalte und nicht-liquiditätsrestringierte) sowie zwei Produktionssektoren (Vorleistungsgüter- und Endproduktproduzenten), die hinsichtlich ihrer F&E-Intensitäten unterschiedlich spezifiziert sind.

1 Interview mit der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Januar 2017

2 Nach der EU-Mehrwertsteuersystemrichtlinie 2006/112, die nur einstimmig geändert werden könnte, müsste der Normalsatz mindestens 15 Prozent betragen.

3 Nach den „Steuerpolitischen Faustformeln“ des BMF führt eine Absenkung des Regelsteuersatzes der Umsatzsteuer um ein Prozentpunkt zu Steuerausfällen in Höhe von etwa elf Milliarden Euro. www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/2017-03-08-datensammlung-zur-steuerpolitik-2016-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=6

Die Modellierung der Umsatzsteuersatzsenkung erfolgt im QUEST-Modell über einen „Schock“ der indirekten Steuern in der Größenordnung von dementsprechend rund 1,8 Prozent des BIP. Das QUEST-Modell wurde zusätzlich dahingehend angepasst, dass die Geld- und Fiskalpolitik kurzfristig nicht auf die expansiven Impulse reagieren bzw. diese konterkarieren.⁴ Hierdurch sollen die „reinen“ Wirkungen der Maßnahmen auf die Handelsbilanz dargestellt werden.

Die Ergebnisse der Simulation sind in folgender Tabelle zusammengefasst:

Abweichung ggü. Basisszenario nach... (in Prozent bzw. Prozentpunkten)	1 Jahr	5 Jahren	10 Jahren	15 Jahren	20 Jahren
Reales BIP	+0,26	+0,26	+0,25	+0,21	+0,11
Realer Konsum	+0,92	+0,96	+0,99	+1,02	+1,05
Reale Exporte	-0,22	-0,23	-0,22	-0,23	-0,24
Reale Importe	+0,49	+0,62	+0,61	+0,56	+0,50
Handelsbilanzsaldo*	-0,24	-0,26	-0,25	-0,22	-0,18
Öff. Schuldenstand*	+0,7	+6,6	+14,4	+22,9	+31,9

* in Relation zum BIP in Prozentpunkten

Die Simulation mit dem QUEST-Modell zeigt, dass eine Absenkung des Umsatzsteuersatzes in Höhe von fünf Prozentpunkten vor allem – wie zu erwarten – einen deutlich spürbaren Effekt auf den realen **privaten Konsum** hat. Dieser liegt kurzfristig knapp ein Prozent über dem Basis-szenario, langfristig bei knapp 1,1 Prozent.

Infolge des höheren privaten Konsums steigen auch die realen **Importe** langfristig um 0,5 Prozent. Gleichzeitig verringern sich die **Exporte** infolge einer stärkeren inländischen Verwendung und einer geringeren preislichen Wettbewerbsfähigkeit um rund ein ¼ Prozent.

Die Gesamtwirkung auf das **BIP** ist vor allem in der kurzen bis mittleren Frist mit einem Impuls von rund ¼ Prozent spürbar, längerfristig ist dieser jedoch vernachlässigbar.

Die Auswirkungen auf den **Handelsbilanzsaldo** erweisen sich mit einem Rückgang um ¼ Prozent im Verhältnis zum BIP als sehr begrenzt.

Erheblich wirkt sich die Steuersenkung dagegen auf den **öffentlichen Haushalt** aus. Der zusätzliche öffentliche Schuldenstand kumuliert sich über die betrachteten 20 Jahre um mehr als 30 Prozentpunkte in Relation zum BIP, was eine massive Verletzung der Schuldenregel bedeuten würde. Dies zeigt, dass – auf Basis dieser Simulation – keine Selbstfinanzierungseffekte der Umsatzsteuersenkung auftreten.

Fazit: Der Vorschlag einer „Leistungsbilanzbremse“ in Form einer massiven Umsatzsteuersatzsenkung trägt zwar tendenziell dazu bei, den deutschen Handelsbilanzüberschuss und damit auch den Leistungsbilanzüberschuss zu reduzieren. Allerdings wären die Effekte äußerst begrenzt. Selbst wenn eine höhere marginale Importelastizität des privaten Konsums als im Modell unterstellt zugrunde gelegt würde, dürften die Effekte auf den Leistungsbilanzsaldo nur unwesentlich höher ausfallen. Allerdings ginge die Maßnahme mit einer erheblichen Belastung der öffentlichen Haushalte einher, die eine massive Verletzung der verfassungsmäßig verankerten Schuldenbremse zur Folge hätte. Diese zusätzliche Verschuldung würde zwar – und das ist auch intendiert – den Leistungsbilanzüberschuss weiter senken. Politisch würde die Umsatzsteuersatzsenkung allerdings ein – teures – Zeichen senden, dass Deutschland das Problem ernst nimmt.

Kontakt: Christoph Menzel
Referat: Wirtschaftspolitische Analyse

Literaturverzeichnis

Ratto, M.; W. Roeger; J. in 't Veld (2009): „QUEST III: An Estimated Open-Economy DSGE Model of the Euro Area with Fiscal and Monetary Policy“, Economic Modelling, 26(1), 222-33, http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication12918_en.pdf.

Varga, J.; W. Roeger; J. in 't Veld (2013): „Growth Effects of Structural Reforms in Southern Europe: The case of Greece, Italy, Spain and Portugal“, European Commission Economic Papers 511, December 2013.

Bundesministerium der Finanzen: „Datensammlung zur Steuerpolitik“, Ausgabe 2016/17

4 Die Taylor-Regel für die Zinsreaktion der Zentralbank wird für ein Jahr und die öffentliche Schuldenregel für 25 Jahre ausgeschaltet. Eine dauerhafte Aussetzung ist allerdings nicht möglich, da dann die Stabilität der Schätzung (Modellkonvergenz) nicht mehr gewährleistet wäre.